Begründung

Allgemeiner Teil

Mit der vorliegenden Verordnung wird die Verordnungsermächtigung gemäß § 29 Abs. 2 des Pfandbriefgesetzes – PfandBG, BGBl. I Nr. 199/2021, ausgeübt. Die FMA kann durch Verordnung Inhalt, Gliederung, Stichtage und Fristen der Übermittlung für die Berichte und Meldungen gemäß § 29 Abs. 1 PfandBG festsetzen. Die Datenübermittlung zu jenen Ziffern des § 29 Abs. 1 PfandBG, welche quantitative Angaben umfassen (Z 1, 2, 5 bis 7, 9 und 10), soll im Rahmen des standardisierten Meldewesens erfolgen. Bei der Erstellung des Meldebogens wurde auf eine weitgehend redundanzfreie Erhebung zu bereits vorliegenden Meldedaten (granulare Kreditdatenmeldung gemäß Granulare Kreditdatenerhebungs-Verordnung 2018 – GKE-V 2018, BGBl. II Nr. 170/2018, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 355/2022, Asset Encumbrance Meldung gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2021/451 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 auf die aufsichtlichen Meldungen der Institute und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014, ABl. Nr. L 97 vom 19.03.2021 S. 1, in der Fassung der Berichtigung ABl. Nr. L 410 vom 18.11.2021 S. 201) geachtet. Um den Meldeaufwand gering zu halten, wird eine teilaggregierte Meldung über das OeNB-Datenmodell, das heißt in Form eines sog. Melde-Cubes, vorgesehen.

Bei der Kundmachung der Pfandbrief-Meldeverordnung sowie Änderung der Granularen Kreditdatenerhebungs-Verordnung 2018, BGBl. II Nr. 355/2022, wurde versehentlich Anlage 1 nicht verlautbart. Die vorliegende Novelle dient der Berichtigung dieses Versehens.

Besonderer Teil

Zu § 10:

Inkrafttretensbestimmung.

Zu Anlage 1:

Die Schaubilder der **Anlage 1** sind in „Cube“-Logik dargestellt und in drei Abschnitte unterteilt, um das Schema bzw. den Aufbau von gedeckten Schuldverschreibungen nachzubilden. Um Schuldverschreibungen emittieren zu können, benötigt es aktivseitig Deckungswerte, die die passivseitige Schuldverschreibung decken. Diese Informationen werden nach den Abschnitten „A. Informationen zu Deckungswerten und Sicherungsgeschäften (Derivatkontrakten) je Deckungsstock“ und „C. Informationen zu gedeckten Schuldverschreibungen“ erhoben. Die Zusammenführung erfolgt, wie auch ökonomisch bei den Meldepflichtigen, über den Deckungsstock („B. Informationen zu Deckungsstöcken (Programmen)“), der sich aus den einzelnen Deckungswerten zusammensetzt und aus dem heraus Schuldverschreibungen begeben werden können. Hinsichtlich der in diesem Abschnitt anzugebenden Zinszahlungen bzw. erwarteten Zinserträge aus den Deckungswerten ist anzumerken, dass sich diese gemäß § 9 Abs. 4 Z 2 PfandBG auf jegliche Zinsen beziehen. Das heißt, dass sowohl die gemäß UGB/BWG-Bilanzierung passivierten und aktivierten Zinsen als auch jegliche während der Restlaufzeit der gedeckten Schuldverschreibungen und der Deckungswerte darüberhinausgehend anfallenden erwarteten Zinszahlungen zu berücksichtigen sind. Damit wird sowohl den anwendbaren Rechnungslegungsstandards als auch dem Gläubigerschutz in angemessener Weise Rechnung getragen.